

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich und wochentlich, an Sonn- und Festtagen nur unregelmäßig. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei andern Postorten 4.45 M., bei Zustellung unter Postporto für Deutschland 4.20 M., über Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 3303 und 3304.

Abdruck aus dem „Volkswort“ über Herrn Ramm 1,20 M., Wortzettel 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Druckaufschlag 10 Proz., für Familien- u. Vereinsabonnenten 10 Proz. der Zuschlag ist. Inhaber für den Druck: Friedrich Schöndel, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 3303 und 3304.

Inhaber: Friedrich Schöndel, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III, Fernsprecher: Amt Norden 3303 und 3304.

# STREIFITZ

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Zusammenbruch im Balkanum.

##### Das Ende.

Nach dem letzten Kampfe in Serbien wird aus Wigo berichtet:

Am 18. November, unterstützt durch die aktivierte Flotte, nahmen die Serben Grobin und schlugen die Deutschen, die sich direkt auf Breckeln zurückzogen. Die Deutschen hatten schwere Verluste: 300 Tote und eine Maschinengewehrkompanie vernichtet. Hundert Deutsche fielen eigenmächtig zu Fuß nach Wigo.

Nach Annahme von Schind und Kemmern nahmen die Serben die hier der kaisersüdtlichen Ka bis Pauslsgnaden, 7 Kilometer vor Wigo. An der Eisenbahnlinie Tuzum-Wigo nahmen die Serben die Station Orsel und schritten somit die deutschen Truppen Nord-Serblands von Wigo ab. Die Deutschen flohen aus Wigo in wilder Panik nach Bokozen. Plünderungen, Verbrennung und Brandanschlag kennzeichnen den Rückzug der Deutschen. Der linke Flügel der serbischen Armee geht auf der Linie Banke-Wigo vor und verdrängte die Deutschen aus Tauerlala. Am 18. November nahmen die Serben Schönsberg, Garbel, Kurzen (vier Werst vor Radwitsch).

Am 18. November nahmen die Serben nach erlittenen Kämpfen Bauska. Die Einkreisung Wigos schreitet fort. Den Deutschen bleibt als einziger Rückzugsweg die Linie Wigo-Bokozen. Deutsche Kavallerie kampflos bei Bahnhof von Wigo.

#### Mächtigkeits des Waffenstillstandsabkommens.

Paris, 21. November. (Gazette.)

Am kommenden Dienstag wird die erste Zusammenkunft der deutschen Delegation stattfinden, die mit der Unterzeichnung des Protokolls betreffend die Richterfüllung des Waffenstillstandsabkommens beauftragt ist. Es werden ihr Direktor Simon und Herr von Lersner angehören. In der Sitzung wird General Lersner den Vorschlag machen, die Prüfung des Abkommens vorgenommen werden, das hauptsächlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages zu treffen ist, hauptsächlich über militärische Fragen, über die Rücknahme von Gebieten durch die Deutschen, die Besetzung derselben durch die Alliierten, den Transport alliierter Truppen, die Uebernahme der Macht in den von Alliierten zu übernehmenden oder einem Wechselt unterstellten Gebieten und die Bildung der Grenz-Kommissionen.

#### Ein echter Demokrat.

Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht ein Interview mit dem demokratischen Minister Koch. Unter anderem teilt der Befragte mit:

„Ich alsdann auf das heisse Thema des Belagerungszustandes und der Zeitungserbote Übergang, meinte der Minister mit einem Wächter Achselzucken:

„Nichts ist mir so unerwünscht, als die Ausbreitung des Belagerungszustandes. Dafür spricht nicht nur meine politische Überzeugung und meine politische Vergangenheit, sondern auch der Umstand, daß ich mit der Verhängung des Belagerungszustandes die Verantwortung für die ergriffenen Maßnahmen aus meiner Hand in die des Militärs übergeben lassen muß. Aber es scheint mir noch zur Zeit leider wenig Aussicht, daß der Belagerungszustand bald beseitigt wird. Der Ausbreitung unterliegt, dabei oder beschämigt, hat sich darüber nicht zu äußern. Man muß es verstehen, daß wir in dieser unruhigen Zeit nicht zu registrieren können, wie früher in glücklichen Friedensjahren in Deutschland hätte registriert werden müssen. Es bedarf unter Umständen des Supradens, und die Verhängung des Belagerungszustandes allein gibt die Möglichkeit, rechtzeitig zu können. Das befehlende Gesetz allerdings ist reform-

bedürftig. Es wird in meinem Ministerium ein neues Gesetz über den Ausnahmestellung ausgearbeitet, von dem ich natürlich erhoffe, daß es der Abhilfe einen stärkeren Einfluß auf die Handhabung des Belagerungszustandes gegenüber gewährt wird. Mit dem Belagerungszustand ist allerdings auch eine Einschränkung der Pressefreiheit verbunden. Ich bin persönlich kein Freund eines Presseverbots und werde mich nie dafür einsetzen. Aber wir sind unter dem Belagerungszustand verpflichtet, nicht nur berechtigt einzuschreiten, wo eine Gefährdung der Ordnung und Sicherheit droht. Wenn wir Demokraten in die Regierung eingetreten sind, um sie zu helfen und bei tatkräftigen Vorgehen gegen Erschütterungen, die unserm Vaterland gefährlich werden können, zu unterstützen, so ist es schwer, im Einzelfall Widerspruch zu erheben.

Das ist wirklich echt deutsch-demokratisch und das „leichte Achselzucken“, mit dem der Herr die Auskunft über die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte begleitet, so recht symbolisch. Wenn es nach diesem komischen „Demokraten“ ginge, würde der Belagerungszustand wohl in alle Ewigkeit fortbestehen. Und dieses reaktionäre Verhalten wird in demselben Moment abgelöst, wo die Rechtssozialisten zum Kampf gegen die Reaktion rufen und zum Sturm gegen rechts blasen. Die Regierung festelt die Arbeiterkraft, aber sie wünscht, daß die Gesellschaft ihr Hilfe leisten, wenn die Monarchisten ihr unangenehm werden! Man kann aber wirklich nicht zugleich, wie die Herren Koch und Roske, Schrittmacher der Reaktion sein und gleichzeitig gegen die Reaktion kämpfen. Das schöne Bekenntnis des Herrn Koch beweist nur wieder, daß diese Regierung selbst die größte Gefahr für die Republik geworden ist.

#### Die tapferen bayerischen Demokraten.

Die bayerischen Demokraten sind unzufrieden mit dem Untersuchungsausschuß. Es widerspricht ihrer politischen Mächtigkeits, durch Aufhellung aller Vorgänge und Freistellung aller Schuldigen am Ausbruch und an der Verlängerung des Weltkrieges eine konsequente Reinigung des öffentlichen Lebens in Deutschland vorzubereiten.

Der Landesvorstand der Demokratischen Partei Bayerns hat eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß der Untersuchungsausschuß „die nationale Würde durch ein Uebermaß von Selbstbeschränkung und Selbstverleugung stark schädigt“. Es wird ein Weltgerichtshof verlangt, dem alle Archive offenstehen. Die deutsch-demokratische Fraktion der Nationalversammlung wird aufgefordert, ihre Mitglieder im Untersuchungsausschuß zurückzurufen.

So erweisen sich diese bayerischen Demokraten als echte Brüder und Gesinnungsverwandte der Deutschnationalen.

#### Sie schweigen!

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht am Mittwoch morgen folgende Anfrage an Herrn Eugen Ernst und Wolfgang Heine:

„Ist Herr Eugen Ernst oder Herr Minister Heine bereit, die Öffentlichkeit über die geheimnisvollen Beziehungen und Besprechungen zwischen dem Kommandeur der Berliner „Sicherheitswehr“, dem Obersten Schöndel und dem Prinzen Sibel Friedrich — der in Potsdam weilt — aufzuklären? Die befragen uns mit einer kurzen, ungewöhnlichen, öffentlichen und schnellen Antwort!“

Seitdem diese Anfrage gestellt worden ist, sind drei Tage vergangen, aber noch keiner der beiden Herren, die für die Haltung der Sicherheitswehr und die Taten ihrer Führer verantwortlich sind, hat es für nötig gehalten, eine Antwort auf diese neuartige Frage zu geben, geschweige denn eine klare und ungewöhnliche.

#### Die Lage in Polen.

Uns wird geschrieben:

In einem Artikel, den ein Pariser Korrespondent der „Vorwärt“ konservativen Zeitung „Kurjer Warszawski“ unlängst veröffentlichte, formulierte er die Rolle Polens in der Weltpolitik folgendermaßen: „Der wichtigste Trumpf in der Weltpolitik ist unsere antibolschewistische Aktion. Nur durch unsern Kampf mit den Bolschewisten können wir in der Weltpolitik irgendeine Rolle spielen!“

Dem Korrespondenten dieser nationalsozialistisch-konservativen Zeitung ist natürlich die Konsequenz und die historische Tragweite seines Ausspruches entgangen. Aber in der politischen Gesellschaft hängt man an, darüber näher nachzudenken. Denn wenn die Rolle Polens für die Weltmächte nur die Bedeutung eines Degens gegen den russischen Bolschewismus hat, was für eine Rolle wird Polen dann spielen, wenn an Stelle der Sowjetregierung in Moskau ein zaristischer General gesetzt sein wird?

Zum Glück können die zaristischen Generale, die Antwort auf den Thron der Romanows, ihre reaktionären Absichten nicht gut verbergen, und je länger, desto schärfer kommt es zum Ausdruck, daß sowohl Kolltchal wie Denikin, wie Judenitsch, wie Bermond-Awaloff und alle diese antibolschewistischen Retter Großrußlands sich als Feinde der selbständigen Staaten Polen, Finnland, Lettland, Estland und Ukraine entpuppen. Die polnischen bürgerlichen Parteien sind in der Klemme. Zuerst änderte unter starkem Einfluß ihrer Parteimitglieder die national-sozialistische P. S. unter Führung von Dajzowski und Morozowski ihre Stellung, die noch vor Monaten als Regierungspartei den Abbruch der Beziehungen zu Sowjetrußland durchführte und in der konstituierenden Versammlung für den Zusammenschluß mit den Ententemächten stimmte. In einer Versammlung der polnischen sozial-nationalen Arbeitervereine in Warschau trat vor ein paar Wochen der Redakteur des Zentralorgans „Robotnik“, Dr. Berl, dafür ein, daß man den Krieg gegen Sowjetrußland einstellen solle, da man sich geschlossen gegen den wichtigsten Feind wenden müsse, gegen die Deutschen, um die polnisch-preussischen Provinzen zu befreien, hauptsächlich Oberschlesien. Seit jener Zeit führt diese Partei eine starke Agitation gegen den Krieg mit Sowjetrußland unter der Begründung, man habe im Osten soviel erobert, daß weitere Eroberungen von Gefahr sein würden. Die Grenzen des historischen Reiches Polen sind erreicht, das weitere wäre vom Uebel. Auf diesem Standpunkt hat sich auch die polnische Bauernpartei gestellt, die großen Einfluß bei den mittleren und reichen Bauern besitzt. Die stärksten Schichten des polnischen Volkes wollen sich die Rolle der Befürworter Sowjetrußlands nicht mehr gefallen lassen. Dagegen verhält man mit den lettischen und estnischen demokratischen Regierungen eine Einigung herbeizuführen, was auch gelingen kann. Schwieriger dagegen ist es, mit Litauen Frieden zu schließen wegen der litauischen Territorien, auf die der polnische Nationalismus nicht verzichten will.

Es ist auch sehr schwer, sich mit den ukrainischen demokratischen Parteien zu verständigen, weil die polnischen imperialistischen Ambitionen nicht von der Besitzergreifung ukrainischer Landesteile Abstand nehmen wollen, Ostgalizien und die ukrainischen Gouvernements in Südrußland bilden die Reibungsflächen zwischen Polen und der demokratischen Ukraine. Dabei kommt noch ein Moment hinzu, das die Situation sehr verwickelt. Die demokratischen Elemente in der Ukraine gründen ihren Einfluß auf den Abzug der mittleren und kleinen Bauern, die Grundbesitzer dagegen sind Polen, und der Klassen Gegensatz in der Ukraine nimmt die Formen des nationalen Kampfes an.

Je mehr also Polen die Rolle des Degens gegen die Revolution in Sowjetrußland annimmt, desto leichter gewinnen die reaktionären Elemente in Polen die Oberhand und um so schärfer wird der Gegensatz zwischen Polen und der demokratischen nationalen Randstaaten.

# Arbeiter! Parteigenossen!

Heraus zur Kundgebung der Klassenbewußten, sozialistischen Arbeiterchaft gegen Militarismus, Monarchismus und Junkerrecht. Zeigt den Reaktionären aller Schattierungen, daß das revolutionäre Proletariat lebt und daß es sich die Herausforderungen der nationalsozialistischen Hege nicht länger gefallen läßt.

Kommt alle in die 60 Versammlungen, die am Sonntag von der U. S. D. einberufen sind.



# Ein Schandblatt der deutschen Geschichte.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ schildert ein Berichterstatter aus Königsberg den Zusammenbruch des deutsch-russischen Unternehmens im Baltikum. Die Schilderung stimmt mit den Angaben überein, die uns dieser Tage von Gewährungsmännern gemacht worden sind, die frisch aus Russland zurückkamen. Daß es der Zusammenbruch der Expedition, die mit so hochtönenden Tönen angekündigt wurde, geradezu katastrophal gewesen. Die vor Riga operierenden deutsch-russischen Truppen hatten infolge der Beschädigung durch die englischen Geschütze furchtbare Verluste. Dazu gesellte sich der Mangel an Proviant und Bekleidungsstücken. Die Truppen liefen tagelang stierend und hungrig umher, manche hatten bei der eisigen Kälte nicht einmal einen Pantel und mußten mit einem Daubenschuh zum Dremel antreten.

Sich Lebensmittel zu kaufen, war nur schwer möglich, weil kein Geld zur Verfügung stand und die von Anwaloff-Bermondts herausgegebenen Papierschneide — etwa 10 Millionen Mark — von der einheimischen Bevölkerung nicht in Zahlung genommen wurden. Der gesamte Handel ging an zu Boden. Unter diesen Umständen hatten es die Leuten leicht, ihren Vorrat anzuverkaufen. Er richtete ungeheure Verwirrungen unter den Truppen an. Ganze Verbände haben sich aufgelöst und ziehen hungrig und stierend nach Schaulen zu. Die Plünderungen haben eine nach nie dagewesene Höhe erreicht. Wehe den Törken, die von den Truppen berührt werden! so ruft selbst der Berichterstatter der „Berliner Börsen-Zeitung“ aus.

Und wie steht es mit den Schuldigen? Die „Börsen-Zeitung“ schreibt darüber:

Die Regierung kann nicht behaupten, die Vorwürfe treffen sie unvorbehalten. Das Schwergewicht der ganzen Verantwortung fällt auf die Hauptleute jener Männer, denen der Osten anvertraut wurde. Die armen Teufel von Rindlerer bezogen sich nicht über die lieblose Behandlung, die ihnen zum Teil entgegengebracht wird. Man straft damit Schuldlose. Die Schuldigen sitzen höher! Und wenn demnach der Staatsgerichtshof zusammentritt, dann wird auch ein Major Bischoff und Kommandant der 1. Kompanie der 1. Brigade der 1. Division der 1. Armee, die heute an den Fronten Litauens an Hunger und Kälte elend zugrunde gehen.

Das sind die Andenken eines unparteiischen Beobachters! Die Schuld, die die Verantwortlichen der Außenpolitik auf sich geladen haben, ist riesengroß. Seit 10 Tagen rollen ununterbrochen anzureisende über die deutsche Grenze, die die armen und irren Opfer der Heimat zuführen. In Königsberg liegen allein 600 Verwundete. Das ist die Bilanz des deutsch-russischen Abenteuer. Ein Schandblatt in der deutschen Geschichte! Was will die Regierung unternehmen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

## Die Kohlenversorgung.

Ein Vertreter des Reichskohlen-Kommissars hat gestern der Presse über den Stand der Kohlenversorgung folgende Mitteilungen gemacht:

Die Förderung hat in allen Bergwerksbezirken sich wesentlich gehoben. Im Ruhrrevier beträgt sie täglich etwa 250 000 Tonnen gegenüber 200 000 im letzten Friedensjahre; in Oberschlesien werden etwa 100 000 Tonnen täglich gefördert. In den Braunkohlenrevieren ist die Förderung auf 90 Prozent der Kriegszeit gestiegen, sie ist jetzt höher als im Frieden, da während des Krieges die Braunkohlenförderung stark vermehrt worden ist. Die Belegschaft beträgt im Ruhrrevier 440 000 Mann gegen 400 000 im Herbst 1918 und 300 000 im Jahre 1913; in Oberschlesien ist sie 150 000 Mann gegen 100 000 im Jahre 1918 und 100 000 im Jahre 1913 stark. Die Erzeugung beträgt jetzt etwa 80 Prozent der Erzeugung im vorigen Jahre. Um die Förderung im Ruhrrevier auf den Friedensstand zu bringen, sind die Einstellungen von 220 000 Bergarbeitern notwendig, für die aber erst Unterkünfte geschaffen werden müssen. Die Regierung plant ein großzügiges Siedlungswerk, dessen Kosten auf 4 bis 5 Milliarden veranschlagt sind.

Die Leistungen, pro Kopf und Arbeitstag berechnet, sind zwar geringfügig, man darf aber nicht vergessen, daß jetzt die Bedürfnisse der Gruben anders zusammengesetzt sind, daß jetzt bedeutend weniger Dauer als früher, dagegen viel mehr Arbeiter für nicht eigentlich produktive Zwecke beschäftigt werden. Die Behauptung, daß die Halbenbestände künstlich zurückgehalten worden seien, trifft nicht zu. Im Ruhrrevier lagen auf den Halben in der Regel nicht mehr als die Produktion zweier Arbeitstage, größer seien die Bestände in Oberschlesien, was den militärischen Transportverhältnissen geschuldet sei.

Bei der Versorgung mit Kohlen hätten zuerst die Eisenbahnen berücksichtigt werden müssen. Wenn auch deren Bestände noch nicht so hoch wie früher seien, so habe man doch erreicht, daß die Eisenbahnen aus der unmittelbaren Gefahrenzone herausgenommen seien. Der Verbrauch der Eisenbahnen habe sich außerordentlich gesteigert. Trotz des viel geringeren Verkehrs hätten die preussischen Bahnen 93 Proz. der Kohlenmengen des vorigen Jahres verbraucht, noch höher sei der Verbrauch in Sachsen gewesen, der der württembergischen Bahnen betrage gar 99 Proz. Welche ungünstige liegt die Versorgung der Schiffahrt mit Braunkohlen. Die Versorgung der Gaswerke ist so schlecht, wie nur irgend möglich. Sie mühten eigentlich 850 000 Tonnen im Monat erhalten, in den ersten neun Monaten dieses Jahres konnten ihnen aber durchschnittlich nur 610 000 Tonnen geliefert werden. Sie haben keine Bestände, sie leben nur von der Hand in den Mund. Eine ganze Anzahl von Gaswerken hat schon den Betrieb einstellen müssen. Etwas besser ist die Versorgung der Elektrizitätswerke, da ein Teil von ihnen an die Kohlenproduktionsstätten oder an Wasserkraftwerke direkt angeschlossen ist. Das Elektrizitätswerk Kart in Hagen hat jetzt keinen Betrieb einstellen müssen, das in Düsseldorf wird von der gleichen Gefahr bedroht.

Der Gasverbrauch kann mit 50 Proz. der Sollleistung verglichen werden. Am schlechtesten sind die östlichen Provinzen, so wie wegen der ungünstigen Wasserhältnisse des Rheins der Süden davon. Wenn man die Versorgung auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, so ergibt sich, daß jeder Einwohner im Durchschnitt täglich nur ein Bricket erhalten kann.

In der Industrie können nur die allerwichtigsten Betriebe weitergebetrieben werden. Im Durchschnitt erhält sie nur 50 Prozent dessen, was sie nach den Produktionsmöglichkeiten an Kohle haben müßte. Die Ruderfabriken werden mit etwa 50 Prozent ihres Bedarfs beliefert, die Zementfabriken erhalten statt 850 000 Tonnen im Frieden jetzt nur 500 000—700 000 Tonnen im Monat, die Stahlwerke statt 275 000 nur 70 000 Tonnen monatlich. Von den 18 000 Zügeleien, die wie vor dem Kriege hatten, arbeiten jetzt nur 1200.

Die Einstellung der Gesamtlage wird jetzt sehr davon abhängen, wie die Eisenbahnen arbeiten. Die Förderung ist bisher nur in beschränktem Umfang gestiegen; es ist notwendig, daß sie weiter zunimmt, sonst ist nicht vorauszujagen, wie wir durch diesen Winter kommen sollen.

Diese Mitteilungen bestätigen aufs neue, was jeder Kenner der Verhältnisse schon seit Monaten sagen konnte. Es liegt nicht an den Bergarbeitern, die trotz des im Kriege betriebenen Aufbaues an den Bergwerken das menschenwürdige Leben, trotzdem durch die Verbrennung der Sozialisierung des Bergbaues die Arbeitslosigkeit gerade nicht angesetzt worden ist. Ueber die Tatsache,

daß die Binnenschiffahrt aus Profitsgründen in kürzlicher Weise vernachlässigt worden ist, ist der Vertreter des Reichskohlen-Kommissars stillschweigend hinweggegangen.

## Die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Zu der Bescheidvorlage über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, die bei der zweiten Lesung in der preussischen Landesversammlung von dem geschlossenen Block der Bürgerlichen abgelehnt wurde, haben jetzt die Rechtsjuristen einen Kompromissantrag eingebracht.

Darin wird die Staatsregierung beauftragt, die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke durch die Reichsgesetzgebung anzustreben und hinzuwirken, daß bei der Festsetzung der zu gewährenden Entschädigung ein Uebnahmepreis festgesetzt wird, welcher den Gemeindefiskus einen wirtschaftlichen Betrieb des Wasserwerks zu einem für die Bevölkerung erträglichen Tarif ermöglicht. Zu diesem Zweck soll die Entschädigung nach dem Wert der Aktien festgesetzt werden, der zwischen dem niedrigsten und dem höchsten amtlichen Kurs, zu welchem die Aktien innerhalb eines bestimmten Zeitraums an der Berliner Börse notiert waren, zu ermitteln ist.

Mit der Uebnahme der Angelegenheit an die Reichsgesetzgebung dürfte der Vorlage wohl ein angenehmes Geab bereitet werden.

## Wieder Steigerung der Zuderpreise.

Die Zuderindustriellen haben schon wieder eine Forderung auf Erhöhung der Zuderpreise an die Regierung gerichtet. Diesmal verlangen sie fast eine Verdoppelung der Preise für Rohzuder, nämlich die Heranziehung des Preises von 58 auf 100 Mark für den Zentner. Angeblich hat die Ungunst der Witterung, der zufolge große Mengen sich noch im Boden befinden, die nur mit großen Schwierigkeiten und hohem Lohnaufwand gewonnen werden können, die Befähigung des Rohzuders zu einer Verdoppelung der Preise akuten können, die um so weniger eingetretet braucht, als die Industriellen bisher außerordentlich große Gewinne erzielt haben.

## Einstellung des Personenverkehrs in Ostpreußen.

Königsberg, 21. November.  
Beginnend mit Sonntag, den 30. November, wird am Sonntag und Feiertagen der gesamte Personenverkehr innerhalb des Direktionsbezirks Königsberg wegen Kohlenmangels eingestellt. Es verkehren künftig an Sonn- und Feiertagen nur die durchgehenden D-Bügel 3 und 4 von Berlin über Königsberg nach Insterburg und zurück, sowie die D-Bügel 51 und 53 von Berlin über Allenstein, Eydauken und zurück.

Der Reichskohlenrat ist jetzt endlich zu einer ersten Sitzung zusammengetreten, in der aber bisher keine Beschlüsse von Wichtigkeit gefaßt worden sind.

Für Sowjetrußland. Der Bund der Gewerkschaften der Seine beschloß, am 7. Dezember in jeder Gewerkschaft Versammlungen zugunsten der russischen Sowjetrepublik zu organisieren.

Im Bahnverkehr des besetzten Gebietes Kröben auf Befehl der Militärbehörden die Einschränkungen auch nach dem 21. November vorläufig bestehen.

Eine Erfindung. Die aus Warschau stammende Meldung, wonach die litauische Regierung in Nowo unter das Protektorat Englands getreten sei, ist erfunden.

## Gewerkschaftliches.

### Die Dreher und der Schiedspruch.

In einer sehr stark besuchten Versammlung in den Pharusälen beschäftigten sich am Donnerstag die Dreher nach einem Referat von Dr. Alphonse Goldschmidt über den Betriebsratsentwurf der Regierung mit dem Schiedspruch vom 21. August 1919. Genosse Grasse gab einen Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern bei der Klassengruppierung.

Die anschließende Diskussion war recht reger. Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Schiedspruch den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer in keiner Weise Rechnung trägt. Nach wie vor bleiben die Metallarbeiter auf dem Standpunkt stehen, daß die Löhne der Arbeitnehmer, trotz der gegenseitigen Versicherungen der Arbeitgeber während des Streikes, stappweise abgebaut werden sollen. Nur die Tatsache, daß der Schiedspruch von den beiden Kontrahenten anerkannt worden ist, nötigt die Branche der Dreher, sich dem Schiedspruch vorläufig zu unterwerfen. Die Möglichkeit der verschiedenartigsten Auslegungen des Schiedspruches wurde an Hand von vorgekommenen Fällen trefflich illustriert. Die unflare verwirrende Resolution der Vollversammlung wurde verworfen. Die Gewerkschaften seien zu revolutionären. Die Ablehnung des Generalstreiks durch die Gewerkschaftskommission wurde auf das Schärfste verurteilt. Wenn die anderen Gewerkschaften die Metallarbeiter in ihrem Kampf im Stiche lassen hätten, so würden diese nicht genau so handeln. Den Kampf jeder Arbeiterkategorie würden die Metallarbeiter zu dem ihrigen machen und würde von ihnen in jeder Beziehung unterstützt werden. Alle Kräfte seien anzuspannen, um Referend, überle und materielle, für die Kämpfe der nächsten Zukunft aufzuspeichern. Von der Abfassung einer Resolution wurde Abstand genommen. Es sollen keine papiernen Beschlüsse gefaßt werden. Mit zusammengepackten Köpfen solle in den Betrieben den Unternehmern entgegengetreten werden, um aus dem Schiedspruch herauszuholen was herauszuholen sei.

Die bürgerlichen Zeitungen samt „Vorwärts“ erzählten ihren Lesern immer und immer wieder, daß die Beschlüsse der Generalversammlung der Metallarbeiter keinen Nachhall abgeben können für die wahre Stimmung in den breiten Kreisen der Arbeiter. Diese Versammlung bestand nicht aus Funktionären, sondern aus Mitglidern, die aber an Kampfesmut den Funktionären auch in gar keiner Beziehung nachstehen. An diesen Arbeitermassen werden sich die Unternehmern noch manchen Zahn ausbissen.

## Parteienossen!

Abonniert die  
**FREIE WELT**  
Preis 25 Pfennig  
Bisher erschienene Hefte können nachgeliefert werden!

Abbruch der Tarifverhandlungen mit den Hausangestellten. Die seit einiger Zeit schwebenden Tarifverhandlungen zwischen dem Groß-Berliner Hausfrauenvereinen und den organisierten Hausangestellten sind von den Arbeitgebern abgebrochen worden. Die Hausfrauen sehen sich außerstande, die aufgestellten Forderungen der Hausangestellten zu bewilligen.

Deutsche Telefonwerke Rieberschöneweide, Auszahlung der Streikunterstützung Sonntag vormittag von 11—1 Uhr bei Dellmann, Köpfer, Ecke Sonnen Straße. Nachzügler werden nicht berücksichtigt.

## Groß-Berlin.

### Ein Krankenhaus ohne Betten.

Zu diesem in Nr. 608 der „Freiheit“ gebrachten Artikel schied; und die Oberärztin der Universitätsfrauenklinik im Einverständnis mit der Direktion eine Erweiterung, die im wesentlichen unsere Angaben bestätigt. Es wird zugegeben, daß zu wenig Betten vorhanden sind und daß schwangere Frauen auf Stühlen schlafen müssen. Wörtlich wird gesagt:

„Leider sind wir in der Unvergleichlichkeit bei dem wachsenden Zustrom der ihre Niederkunft erwartenden Frauen nicht in der glücklichen Lage, den Frauen in unserer Klinik mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das bieten zu können, was sie in ihrem bedürftigen Zustande von rein menschlichem Standpunkt angesehen, an Bequemlichkeit haben sollten. Das bedauern wir selber nicht zum wenigsten, und wir bedauern oft die Frauen, die tages, zu wochenlang mit der primitivsten Schlafgelegenheit füttert nehmen, ja, die bieten, daß man sie nur hier läßt, um in der Klinik einzuweichen zu dürfen.“

Die Universitäts-Frauenklinik verfügt etwa 40 über 40 Wöchnerinnen betten, inkl. 3 Betten für Schwangere, wo pathologische Verhältnisse vorliegen, die eine frühere Aufnahme als erst mit Beginn der Geburt, wie es sonst üblich, erfordern.

Bis zum Jahre 1910 war durchschnittlich eine Geburtenzahl von 100 pro Monat zu verzeichnen; im Laufe der Jahre stieg die Geburtenzahl auf 150, im September und Oktober dieses Jahres sogar auf 200 im Monat. Dementsprechend sind dauernd Betten eingeschoben, unlängst erst 15 Heilbetten, so daß der etwa 10 mäßigen Bettenzahl von 40 jetzt bereits 73 Wöchnerinnenbetten gegenüberstehen. Aber wie alles seinen Höhepunkt erreicht, so ist es auch in diesem Fall, es ist kein Raum mehr da, wo man noch Betten hinstellen könnte. Jeder Frau, die nach nicht in der Geburt steht, wird bei der Aufnahme gesagt, ob ein Bett zur Verfügung steht oder nicht; es wird ihr freigestellt, die Klinik sofort wieder zu verlassen und anderwärts Aufnahme zu suchen, wo vielleicht bessere Verhältnisse bestehen, oder mit dem für sie zu nehmen, was wir ihr bieten können. Und fast immer entscheiden sich die Frauen für letztere.

Es kommt sogar vor, daß die Schwangere selbst die fernere Schicksalsstelle wieder für eine Gebärende oder auf der Straße Entbunden abgeben muß und daß sie dann leider nichts weiter übrig bleibt, als den Rest der Nacht auf einem Stuhl spend zu verbringen. Die Gebärenden tragen nicht erst telefonisch an, ob Betten frei sind oder nicht, sie lassen sich einfach bringen und verlangen, aufgenommen zu werden.

Während andere Häuser glattweg abweisen, schaffen wir Platz, so gut wir können, und daß die Mehrzahl der Frauen sich hier wohlfühlt, dafür spricht nicht nur die wachsende Geburtenzahl, sondern auch dieses, daß die Frauen bereits zum vierten und fünften und öfteren Male unsere Klinik zwecks Entbindung aufsuchen.

Daß bei den 3 eingeschobenen Ueberbetten, die sechs Frauen noch nicht mitgezählt, die oft auch noch belegt sind, auch Wangel an Wolldecken herrscht, ist wohl begreiflich; wir haben bereits 30 Fenstermäntel als Zuschüsse genommen, bis Ersatz beschafft werden kann.

Bestritten wird in der Zukunft, daß ein Unterschied gemacht wird zwischen Frauen in der 1. und 2. Klasse, ein solcher bestehe nur in der Verpflegung, sonst aber wird nur danach gesehen, wer am hilfsbedürftigsten ist.

Aus dem Schreiben geht also nur hervor, daß der Direktion oder dem Personal kein Vorwurf gemacht werden kann, was uninteressant auch nicht geizig ist. Für diesen unwürdigen Zustand ist das zuständige Ministerium verantwortlich, das dafür zu sorgen hat, daß die Frauenklinik den herrschenden Bedürfnissen entsprechend hergerichtet wird. Die größte Schwierigkeit, der Raum-mangel, muß bei gutem Willen auch behoben werden können. Betten und Wolldecken aber sind genug vorhanden, man sammere sich nur einmal um die Bestände der ausverkauften Matratze.

Wir können nicht annehmen, daß auch in diesem Falle Spar-samkeitsgründe maßgebend sind. Deshalb hoffen wir, daß unsere Kritik den Erfolg hat, daß in kürzester Frist genügend Betten und Bettzeug für die werdenden Mütter, die dort Hilfe suchen, auch in der Universitätsfrauenklinik zur Verfügung gestellt werden.

Die Kraft der Deutschnationalen recht jetzt so weit, daß sie es wagen, ihre antisemitische Propaganda selbst in Arbeiterkreisen zu entfalten. So hatten sie gestern Abend in Charlottenburg eine Versammlung nach der Schule in der Haldenstraße einberufen. Als Thema sollten die unhaltbaren Zustände in unserem Stadtparlament behandelt werden. In Wirklichkeit aber war der Inhalt beider Referate eine wüste Schmäh- und Lügenrede gegen unsere jüdischen Mitbürger. Es war ein gutes Zeichen der Disziplin unserer Arbeiterkassen, daß sie dieser Art Demagogie und Unsachlichkeit bis zu Ende zusahen. In der Aussprache wurde dann den Herrschaften durch die Genossen Bier, Schubert, Löwenthal und Remis die Nase von ihrem reaktionären und widerlichen ostentativen Gesicht verrißen. Als die Referenten und Hauptwortführer sahen, daß ihre Sache verloren war, belamen sie es mit der Angst und erriffen das Parlament. Die Versammlung aber tagte ruhig weiter und schloß unter dem Zeichen der Deutschnationalen folgenden Resolution: „Die am 29. November von der Deutschnationalen Partei einberufene Versammlung erklärt sich gegen die Aufhebung der Ammandatwahl. Sie fordert strenge Erfassung aller notwendigen Lebensmittel und gleichmäßige Verteilung unter der Kontrolle der revolutionären Institutionen der Arbeiterräte. Sie verwirft die freche nationalisierende und antisemitische Rede der Nationalisten, durch deren Schuld die jetzigen Notzustände geschaffen wurden, und die nun durch ein fadenheinißes Täuschungsmanöver die Schuld auf andere abzuwälzen wollen. Die Versammlung gelobt vielmehr, daß sie durch den Schriftführer Kampff auf internationaler Grundlage den Sozialismus herbeiführen will, der allein geeignet ist, uns aus dem Sumpf der gegenwärtigen Zustände zu retten.“ — Mit einem Hoch auf die Internationale und den Sozialismus schloß diese „börsliche“ Veranstaltung.

Zu den Versammlungen, die morgen früh angekündigt sind, sei berichtet: 5 mitgeteilt, daß die beiden Lokale Schulaula Wittenwolder Straße und Barnow nicht in Frage kommen, sie scheiden demnach aus. Die Versammlung in Oberschöne-weide findet nicht um 10 Uhr, sondern um 11 Uhr statt, dagegen beginnt die Versammlung in Rieberschöneweide bereits um 10 Uhr.

Frauenversammlung. In Lichterberg fand am Donnerstag, den 20. November eine Frauenversammlung der N. S. D. statt, die am beinahe 70 Genossinnen Peter Schindler teilnahm. Die Versammlung des Wirtes des Genossen P. etc. Daraus kam die Vor-sitzende auch zu sprechen auf die Teilnahme in der Mitglieder-versammlung am 18. in die die Kasse-ruppen hineinzuhalten lassen

